Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Mitte	10.02.2011	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	22.02.2011	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Stellungnahme der Stadt Bielefeld im Planfeststellungsverfahren zur Erneuerung der Eisenbahnbrücke über die ehemalige Stapenhorststraße (Deckblattverfahren)

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

BV Mitte, 09.08.07, TOP 29.1 nö; UStA, 21.08.07, TOP 29.3 nö; BfS, 24.10.07, TOP 4; BV Mitte, 08.11.07, TOP 11; UStA, 20.11.07, TOP 15, Drs.-Nr. 2009/4361; BfS, 19.12.07, TOP 2.3; UStA, 26.08.08; BV Mitte, 02.04.09, TOP 22 nö; UStA 05.05.09, TOP 33 nö, Drs.-Nr. 2009/6688; BfS, 12.08.09, TOP 2.3; BV Mitte, 20.08.09, TOP 13; UStA, 01.09.09, TOP 16, Drs.-Nr. 2009/7152, BfS, 09.12.09; StEA, 19.01.10, TOP 19; FiPA, 28.01.10, TOP 6, Rat, 28.01.10, TOP 5, Drs.-Nr. 2014/0234

Sachverhalt:

Der Ausschuss nimmt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zur Erneuerung der DB-Brücke Stapenhorst zur Kenntnis.

Die DB beabsichtigt eine Erneuerung der Eisenbahnbrücke. Das erforderliche Planungsrecht soll über ein Planfeststellungsverfahren erlangt werden. Nachdem die Stadt Bielefeld (Schreiben vom 02.12.2009) wie auch andere Träger öffentlicher Belange gegen die in 2009 vorgelegten Planfeststellungsunterlagen Bedenken geäußert hatten, hat die DB diese überarbeitet. Die ursprüngliche Planung für die Erneuerung des Brückenbauwerks sah gegenüber heute wesentlich geringere Abmessungen (5,00 m Breite, 2,50 m Höhe) für den darunterliegenden Straßenraum vor, was aus fachlicher und sozialpräventiver Sicht als mangelhaft einzustufen ist. Um hier für Fußgänger, Radfahrer und den Parkplatzverkehr ausreichend Raum sicherzustellen, wurden unter anderem größere Abmessungen (7,00 m Breite und mind. 2,50 m Höhe) für den Tunnelquerschnitt sowie eine geänderte Geometrie -zugunsten der Sichtbeziehung- gefordert (StEA 19.01.2010 - Dringlichkeitsentscheidung Nr. 6, Drs.-Nr. 2014/0234). Diesen Forderungen ist die DB nachgekommen.

Die Bezirksregierung Detmold als Anhörungsbehörde hat im Rahmen eines Deckblattverfahren erneut um Stellungnahme zu den geänderten Unterlagen gebeten. Nach Überprüfung der geänderten Unterlagen durch die städtischen Fachdienststellen konnte festgestellt werden, dass die DB den Forderungen der Stadt Bielefeld nachgekommen ist und somit gegen die geänderten Planfeststellungsunterlagen keine Bedenken bestehen.

Die Stellungnahme gegenüber der Bezirksregierung Detmold (**Anlage 1**) sowie die erfolgten planerischen Änderungen [Roteinträge] (**Anlage 2**) sind dieser Vorlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Da die Stadt alle zusätzlichen Kosten für einen größeren Querschnitt zu tragen hat, erfolgte die Auswahl des vergrößerten Querschnittes mit dem Ziel bei einem vertretbarem finanziellen Aufwand eine deutliche Verbreiterung des Durchganges zu erreichen. Die Kosten für die Verbreiterung der Unterführung auf 7,00 m werden von der Stadt mit ca. 150.000,- € veranschlagt, da bis zu dieser Breite nach Auffassung der Stadt keine weiteren Baubehelfe bei der Deutschen Bahn erforderlich werden. Hierbei ist anzumerken, dass eine nachträgliche Verbreiterung der Unterführung nicht möglich ist.

Weiteres Verfahren:

Mit der Bauausführung wird voraussichtlich 2012 begonnen. Die erforderliche Bauzeit bis zur Fertigstellung wird mit sechs Monaten veranschlagt.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)	
--	--

Moss